

BLÄTTER

aus dem

MAX-SAMUEL-HAUS

Sonderdruck

ROSTOCK

Oktober 1992

Liebe Freunde des Max-Samuel-Hauses, liebe Gäste der Gedenkwoche im Juli,

auf diesem Wege möchten wir Ihnen, die im Juli zu uns nach Rostock kamen, noch einmal ganz herzlich danken. Uns sind die Begegnungen und Gespräche der Gedenkwoche ein tiefempfundenes Erlebnis von Menschlichkeit und Toleranz gewesen, das unsere weitere Arbeit ganz wesentlich mitbestimmt. Aus Ihren Briefen und Telefonaten seitdem sprachen freundschaftliche Verbundenheit, Interesse an unseren Vorhaben und tiefe Besorgnis über die Ereignisse der letzten Wochen hier in Deutschland.

Wir hatten für Anfang Oktober die zweite Ausgabe unserer "Blätter" geplant, in der wir Eindrücke der Gedenkwoche beschreiben wollten. Durch die Geschehnisse, die Rostock weltweit negativ bekannt machten, wird dieses Heft erst Ende Oktober/Anfang November erscheinen (dann werden auch die Fotoserien und der Videofilm von Roza Berger-Fiedler fertig sein).

Wir möchten Sie heute - mit dieser "Sonderausgabe" - über Initiativen und Stellungnahmen informieren, die hier in Rostock in den letzten Wochen entstanden sind und an denen wir Anteil hatten.

Wenige Tage nach dem Ausbruch ausländischer Gewalt in Rostock-Lichtenhagen veröffentlichte der Rostocker Bürgertisch - an dem 21 Parteien, Bürgerbewegungen, Gewerkschaften und die evangelische Kirche über Rostocker Probleme beraten - eine erste Stellungnahme. Am Bürgertisch sind auch die Vereinigung für jüdische Geschichte und Kultur in Rostock e.V. und das Deutsch-Israelische Jugendforum Rostock vertreten.

Unmittelbar danach initiierten Rostocker Bürger einen Rostocker Appell. Dieser Appell forderte, die jetzt zu verabschiedende Landesverfassung müsse klare Rechte ausländischer Einwohner und Asylbewerber enthalten. Am 1. Oktober übergab Dr. Mahlburg dem Präsidenten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern die gesammelten Unterschriften.

Die weiter eskalierende Gewalt und die zunehmende Gefahr der Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl waren der Anlaß, daß drei der Initiatoren des Rostocker Appells einen zweiten Appell formulierten,

der sich an die Bürger und Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland richtet und Forderungen für das Grundgesetz aufstellt. Der Initiative Rostocker Appell II schlossen sich 17 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus der ganzen Bundesrepublik als weitere Erstunterzeichner an. Am 2. Oktober übergaben die Initiatoren den Appell dem Präsidenten des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland und mecklenburgischen Ministerpräsidenten Dr. Berndt Seite und stellten ihn der Öffentlichkeit vor. Bis zum Jahresende sollen bundesweit Unterschriften gesammelt werden.

Zum Brandanschlag auf die Gedenkstätte im jüdischen Block des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen veröffentlichten die Stiftung und das Deutsch-Israelische Jugendforum Rostock eine Erklärung.

Nehmen Sie diese Initiativen bitte als ein Zeichen dafür, daß es aus Rostock auch andere Signale als die der Gewalt und der Ausländerfeindlichkeit gibt. Diese "Sonderausgabe" soll auch ein Beleg dafür sein, daß wir nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern uns in vielfältigen Formen - darunter auch in Gesprächen mit Vertretern der Anti-Defamation League der B'nai B'rith und des American Jewish Committee aus den USA - um die Stärkung der für Akzeptanz und Toleranz eintretenden Kräfte bemühen und weiter bemühen werden.

Viele Rostockerinnen und Rostocker, die die Arbeit des Max-Samuel-Hauses mitgestalten, baten uns, Ihnen ganz herzliche Grüße und die besten Wünsche für ein gesundes und erfolgreiches Neues Jahr 5753 zu übermitteln. Seien Sie also auf diesem Wege herzlich begrüßt von Dr. Fred Mahlburg, Ulrike Oschwald, Sigrid Engler, Maria-Theresia Krohn, Almuth Wagner, Soja Kanuschin und vielen anderen.

Ihr



Rostock, am 3. Oktober 1992

Rostocker Bürgertisch

Neuer Markt 1, PF 146

O - 2500 ROSTOCK

Erste Stellungnahme

Mit Erschrecken und Abscheu stehen die am ROSTOCKER BÜRGERTISCH vertretenen Parteien, Bürgerbewegungen, Gewerkschaften und die evangelische Kirche den Ausbrüchen von Gewalt gegenüber.

Wir bitten die seit mehreren Tagen an Leib und Leben bedrohten Asylbewerber und die seit Jahren in unserer Stadt wohnenden Vietnamesen um Entschuldigung.

Wir erkennen eine berechtigte Frustration bei vielen Bürgern der neuen Bundesländer. Sie ist gewachsen mit den schweren sozialen Problemen und durch vielfältige Kränkungen. Dies muß endlich als Politikum ernst genommen werden.

Die Einwohner des Stadtteils Lichtenhagen haben ohne Zweifel seit langem Gründe zu besonderem Unmut. Dennoch sind Anwendung von Gewalt und Zustimmung zur Gewalt keine Mittel, um Konflikte und Probleme zu lösen.

Wir unterstreichen, daß die Gewaltausbrüche nicht nur ein Problem unserer Stadt, sondern ein gesamtdeutsches Problem sind.

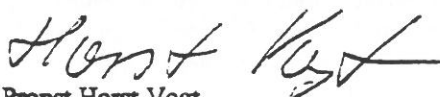
Wir richten vor allem an die verantwortlichen Politiker folgende Forderungen:

1. Die Ursachen für die Gewaltausbrüche müssen gründlich analysiert werden, um die richtigen politischen Konsequenzen ziehen zu können.
2. Wir brauchen eine neue Asylpolitik, nicht die Verschärfung der alten.
3. Die Bereitschaft der Bevölkerung zur Annahme von Asylsuchenden muß gefördert werden.
4. Die dringend benötigten Mittel für sozialpädagogische Projekte müssen unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden, um die Konfliktfähigkeit und Dialogbereitschaft von Jugendlichen zu fördern.
5. Speziell für Rostock sind Jugend- und Freizeitzentren im Nord-Westen zu schaffen.
6. Wir brauchen den offenen Austausch über die Spannungen, die bei der Begegnung unterschiedlicher Kulturen und Lebensweisen unvermeidbar sind.

Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern muß zurücktreten. Der Leiter der Rostocker Polizeidirektion Siegfried Kordus muß entlassen werden.

Der ROSTOCKER BÜRGERTISCH wird seine Beratungen über diese aktuellen Probleme am 24.9.1992 fortsetzen.

Rostock, den 27.8.1992



Propst Horst Vogt

Vorsitzender der Leitungsgruppe

ROSTOCKER APPELL

Wir, Bürgerinnen und Bürger aus Mecklenburg-Vorpommern, sprechen uns dafür aus, daß eine *Landesverfassung* von Mecklenburg-Vorpommern folgendes enthalten muß:

Menschen anderer Staaten und Staatenlose mit Hauptwohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern sind deutschen Bürgerinnen und Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern gleichgestellt,

Menschen, denen Asyl gewährt worden ist oder die sich vorübergehend in Mecklenburg-Vorpommern aufhalten, stehen unter dem besonderen *Schutz* des Landes,

der *Ausländerbeauftragte* des Landes wird unmittelbar durch den Landtag eingesetzt und ist ihm verantwortlich.

.....

Bürgerinnen und Bürger von Mecklenburg-Vorpommern!

Der Ruf der Stadt Rostock und des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat durch gewalttätige Ausschreitungen gegenüber Asylsuchenden großen Schaden gelitten. Wir wollen aber nicht als feindlich sein. Wir wollen, daß Menschen anderer Staaten und Kulturen unter dem Schutz des Landes stehen.

Dafür aber enthält der Entwurf der Landesverfassung zu wenig, lediglich als Minderheitsvotum den kurzen Satz: "Ausländische Staatsbürger und Staatenlose wirken nach Maßgabe der Gesetze am politischen Leben mit." (LL/PDS, Bürgerbewegung, Die Grünen)

Es fehlen im Entwurf Aussagen über

- Rechte und Pflichten ausländischer Einwohner
- Schutz der kulturellen und ethnischen Minderheiten
- Förderung des Verständnisses für ausländische Kulturen als ein Bildungsziel.

Es ist untragbar, daß gegenwärtig der Ausländerbeauftragte des Landes dem Innenminister unterstellt ist.

Unterstützen Sie bitte den umseitigen Rostocker Appell mit Ihrer Unterschrift!

Für die Unterzeichner des Rostocker Appells vom 2. September 1992:

Horst Vogt
Propst
der Ev.-Luth.
Landeskirche Mecklenburgs

Dr. Fred Mahlborg
Vorsitzender des Kuratoriums der
Landeszentrale für politische
Bildung

Frank Schröder
Vereinigung für jüdische
Geschichte und Kultur

Reinhard Knisch
DGB-Kreisvorsitzender
Rostock

Sibylle Hering
Mitglied Bündnis 90

ROSTOCKER APPELL II

Wir, Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, vertreten die Auffassung, daß das *Grundgesetz* der Bundesrepublik Deutschland das *Grundrecht auf Asyl* (Artikel 16 GG) enthalten muß.

Das Grundrecht auf Asyl muß verbunden sein mit einem *Einwanderungs- und Flüchtlingsrecht*.

Außerdem muß das Grundgesetz klare Aussagen zu den Rechten ausländischer MitbürgerInnen enthalten:

BürgerInnen anderer Staaten und Staatenlose, die sich seit längerer Zeit rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten und hier ihren Lebensmittelpunkt haben, sind deutschen BürgerInnen *gleichgestellt*.

Menschen, die sich um Asyl bewerben oder sich vorübergehend in der Bundesrepublik aufhalten, stehen unter dem besonderen *Schutz* des Staates.

.....

Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland!

Die Erfahrungen der Gewaltausbrüche gegen Asylsuchende und andere Ausländer in Rostock haben von Rostock ausgehend zu einem ersten Appell geführt. Die Unterzeichner sprechen sich darin für besonderen Schutz und besondere Rechte von Asylbewerbern und ausländischen Mitbürgern aus, die in der künftigen Landesverfassung festzuschreiben sind.

Das Ansehen Rostocks und der gesamten Bundesrepublik hat durch die Zunahme von gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber Asylsuchenden und anderen Minderheiten großen Schaden gelitten. Wir möchten, daß jetzt - von Rostock ausgehend - die Kräfte bestärkt werden, die Ausländern gewaltfrei begegnen und sich für ihre Rechte in unserer Mitte einsetzen wollen.

Das wiedervereinigte Deutschland hat gerade im europäischen Einigungsprozeß eine besondere Verpflichtung gegenüber Menschen anderer Staaten und Kulturen.

Darum muß das Grundgesetz in klaren Aussagen enthalten:

- das Grundrecht auf Asyl
- ein Einwanderungs- und Flüchtlingsrecht
- Rechte und Pflichten ausländischer Einwohner
- Schutz der kulturellen und ethnischen Minderheiten
- Förderung des Verständnisses für ausländische Kulturen als wichtiges Bildungsziel.

Unterstützen Sie bitte den umseitigen ROSTOCKER APPELL II mit Ihrer Unterschrift!

Die Erstunterzeichner des ROSTOCKER APPELL II vom 3. Oktober 1992, dem Tag der deutschen Einheit

Horst Vogt
Propst
der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs
Rostock

Dr. Fred Mahlborg
Vorsitzender des Kuratoriums
der Landeszentrale für politische
Bildung Mecklenburg-Vorpommern
Rostock

Frank Schröder
Vorsitzender der
Vereinigung
für jüdische
Geschichte und Kultur
in Rostock e.V.

Peter Deutschland, DGB-Landesbezirksvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Dr. Simone Fischer-Hübner, Bundesvorsitzende des Deutsch-Israelischen Jugendforums, Hamburg
Sibylle Hering, Mitglied Bündnis 90, Rostock
Reinhard Knisch, DGB-Kreisvorsitzender, Rostock
Hans Koschnik, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, MdH (SPD), Bremen
Dr. Christine Lucyga, MdB (SPD), Rostock
Dr. Jürgen Micksch, Bundesvorsitzender PRO ASYL, Tutzing
Dr. Dieter Neßelmann, Senator für Finanzen (CDU), Rostock
Ulrike Oswald, Senatorin für Bildung, Kultur und Wissenschaft (F.D.P.), Rostock
Konrad Reich, Verleger und Schriftsteller, Rostock
Lea Rosh, Journalistin, Hannover
Prof. Dr. Jürgen Seifert, Politikwissenschaftler, Hannover
Dr. Dr. Helmut Simon, Bundesverfassungsrichter a.D., Karlsruhe
Monika Sommer, Assessorin, Düsseldorf
Dr. Wolfgang Ullmann, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Berlin
Siegfried Vergin, MdB (SPD), Mannheim
Tjark Woydt, Deutsche Bank AG, Filiale Rostock, Direktor

Stiftung Begegnungsstätte
für jüdische Geschichte und Kultur
in Rostock
- Max-Samuel-Haus -

Deutsch-Israelisches
Jugendforum
Arbeitsgemeinschaft
Rostock

Erklärung

Entsetzt und fassungslos haben wir die Nachrichten vom Niederbrennen des jüdischen Blocks der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen aufgenommen. Das Verbrennen dieser Erinnerungsstätte an jüdisches Leid ist mehr als nur ein Museumsbrand, es ist ein Akt der Barbarei und eine Schande für unser Land. Im Konzentrationslager Sachsenhausen wurden zigtausende Menschen - Juden; sozialdemokratische, kommunistische, christliche, liberale und konservative Gegner der Nazi-Diktatur; Roma und Sinti, Bibelforscher und Homosexuelle - gequält, ermordet und in Krematorien verbrannt.

Die Verharmlosung des barbarischen Völkermordes am europäischen Judentum mußten wir in den letzten Jahren leider oft genug erleben. Der Brand von Sachsenhausen - wenige Tage nach dem Besuch des israelischen Premierministers und am Vorabend des jüdischen Neujahrsfestes - macht erneut bewußt, daß mit der Herstellung der deutschen Einheit kein Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen werden kann. Die pogromähnliche Gewalt gegen Asylbewerber und Ausländer, die Schändung des Berliner Mahnmals für die jüdischen Deportierten und der Brand von Sachsenhausen belegen, daß Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus untrennbar miteinander verbunden sind und parallel eskalieren. Diese Eskalation gefährdet zunehmend die demokratischen Grundlagen des vereinten deutschen Staates.

Seit Jahren suchen wir den Kontakt zu Überlebenden des Holocaust aus der vernichteten jüdischen Gemeinde unserer Stadt. Erst vor wenigen Wochen gedachten wir gemeinsam mit jüdischen Gästen aus Israel, Argentinien, Schweden, Kanada und den USA der Opfer der ersten Vernichtungstransporte aus Mecklenburg nach Auschwitz am 10. Juli 1942. In den Gesprächen mit unseren Gästen erlebten wir erneut, daß die deutsche Vergangenheit nicht vergehen kann und wird. Das unfaßbare Leid der ermordeten und der überlebenden Opfer ist nicht wiedergutzumachen. Diese Erfahrung bewirkt, daß unsere Gäste - wie viele andere Betroffene deutschen Rassenwahns und Weltherrschaftstrebens - die Gestaltung der deutschen Einheit nicht nur mit Hoffnungen, sondern auch mit großen Besorgnissen verfolgen.

Die Geschehnisse der letzten Wochen bestätigen diese Besorgnisse.

Wir halten es daher für dringend erforderlich, daß sich die historisch Verantwortungsbewußten in gemeinschaftlichem praktischem Handeln für Toleranz und demokratische Mitgestaltung der Gesellschaft einsetzen. Nur durch dieses Bürgerengagement und die dringend erforderliche soziale und demokratische Gestaltung der Einheit kann dem wachsenden ausländerfeindlichen und antisemitischen Gewaltpotential der Boden entzogen werden.

Wir fordern nicht nur die rasche Aufklärung der Hintergründe des Brandes von Sachsenhausen, sondern nachdrücklich neue Formen des Umgehens mit den Gedenkstätten deutscher Massenverbrechen.

Rostock, den 30. September 1992

gez.
Frank Schröder
Max-Samuel-Haus

gez.
Almuth Wagner
DIJF Rostock